

Haushaltsrede 2016

Nürtingen, den 12. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Vorbemerkung

Es gibt Angenehmeres, als in den Weihnachtsferien über einen unausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalt nachzudenken, die mit vielen Fragezeichen und Vorschlägen versehen sind. Dies auch deshalb, weil wir uns einer ernsthaften Auseinandersetzung noch nicht ganz gewachsen fühlen, denn das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) ist weitgehend Neuland.

Die Situation erinnert an die Gemeinderatssitzung vom 23.11.2005, bei der die CDU-Fraktion zusammen mit den Freien Wählern beantragt hatte, den zur Diskussion stehenden Haushaltsentwurf 2006 an die Verwaltung zurückzugeben und diese zu bitten, Einsparungsvorschläge mit dem Ziel eines ausgeglichenen Verwaltungshaushaltes vorzulegen. Diesem Antrag wurde entsprochen. Es ging lediglich um einen Betrag von 1,6 Millionen! Diesmal sind es immerhin 5,2 Millionen, die zum Ausgleich fehlen. Auch die Tatsache, dass dies bereits unsere zweite Haushaltsrede innerhalb von 10 Monaten ist und unsere nicht-haushalts-relevanten Anträge von 2015 bislang nicht diskutiert wurden, war demotivierend.

Nicht ausgeglichener Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt weist ein beträchtliches Defizit von 5,2 Millionen aus. Schneller als erwartet wurden wir mit dem strukturellen Problem konfrontiert, dass die Aufwendungen die Erträge übersteigen. **Wir verbrauchen mehr als wir erwirtschaften!** Problematisch sind die hohen Personalkosten und die Abschreibungen. Vermutlich wird sich der Verlust noch vergrößern, sobald die vollständigen Abschreibungsbeträge eingearbeitet sind. Herr Oberbürgermeister Heirich hat in der Haushaltsrede angekündigt, dass er versuchen möchte, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen.

Dies ist unseres Erachtens nur möglich, wenn sich die Erträge um 2,6 Millionen verbessern und die Aufwendungen um den gleichen Betrag vermindern. Wir sind gespannt, welche Stellschrauben verändert werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Stagnierende Gewerbesteuereinnahmen

Die hohen Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2014 von 23 Millionen (6 Millionen mehr als geplant) waren leider nur ein einmaliger Ausreißer. Bereits in den Jahren 2015 bis 2019 finden wir uns entsprechend der Planung des Kämmerers auf dem bisherigen Niveau von 17 Millionen wieder!

Dies zeigt, dass sich trotz guter Prognosen und positiven Wirtschaftsaussichten die Gewerbesteuerzahlungen (nach der Planung des Kämmerers) nicht verändern werden. Auch das neue Gewerbegebiet Bachhalde hat bisher keine positiven Spuren bei der Grund- und Gewerbesteuer hinterlassen. Zusätzlich ist anzumerken, dass in diesem Jahr ein Großteil der Gewerbesteuermehreinnahmen von 2014 wieder als Umlage an das Land zurückzuzahlen ist.

Investitions- und Sanierungsaufwand 2016 ist nur mit Krediten finanzierbar

Große Sorgen bereitet der Finanzhaushalt. Zur Umsetzung des geplanten Investitionsprogrammes von 15,6 Mio. wird ein Kreditbedarf von 12,5 Millionen benötigt, da aus den Vorjahren keinerlei finanziellen Rücklagen mehr bestehen. Dies bedeutet, dass 80 % der Investitionsmaßnahmen mit Krediten finanziert werden müssen. Die Rücklagen aus 2014 von 11 Millionen sind in die Investitionen und den Haushaltsausgleich im letzten Jahr geflossen. **Wo sind die Haushaltsausgabereste aus 2014 in Höhe von 9,4 Millionen Euro geblieben?**

Oberbürgermeister Heirich hat angekündigt, den Kreditbedarf von 12,5 Millionen auf eine Größenordnung von 5 - 6 Millionen durch Streichungen einzelner Investitions- und Sanierungsmaßnahmen zu reduzieren. Das mag in 2016 gelingen, doch wie geht es in den Folgejahren weiter? Das Kreditvolumen könnte sich nach den Berechnungen des Kämmerers auf bis zu 90 Millionen erhöhen. **Fazit: Ohne strukturelle Veränderungen sind der Haushalt 2016 und die Folgejahre nicht in den Griff zu bekommen!**

Flüchtlingsunterbringung

Das Flüchtlingsthema ist allgegenwärtig. Wir können uns dieser Herkulesaufgabe nicht entziehen, sondern müssen die Herausforderungen annehmen und schnellstmöglich die räumlichen Voraussetzungen für eine Anschlussunterbringung der Flüchtlinge mit Bleiberecht schaffen. Es ist erfreulich und nicht selbstverständlich, dass die Verwaltung und der Landkreis in Nürtingen auf eine so große ehrenamtliche Unterstützung durch Nürtinger Bürgerinnen und Bürger und Nürtinger Vereine zurückgreifen kann. Dafür sprechen wir unsere große Hochachtung und unseren aufrichtigen Dank aus!

Bildung und Betreuung

Was gestern ausreichend war, muss heute bereits wieder auf den Prüfstand. Die angebotene Struktur der Betreuungsangebote für die unter 3-jährigen und den Kindergartenkindern muss aufgrund der anstehenden Anschlussunterbringung den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Auch die Betreuungszeiten müssen ständig angepasst werden, um den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Aus finanziellen Gründen halten wir es für unabdingbar, weitere freien Träger in die Kinderbetreuung einzubeziehen, wie beispielsweise bei dem geplanten Projekt bei der Lutherkirche. Vom geplanten Kinderhaus in der Braike fehlt uns weiterhin eine aussagefähigen Lage- und Freiraumplanung.

Schulentwicklungsplanung

Bis heute beansprucht die Stadt Nürtingen das Gütezeichen einer „Schulstadt“. Die vielfältigen Bildungsangebote sind in der Tat ein gutes Aushängeschild. Es zeigen sich jedoch erste Risse im kommunalen Bildungswesen. Bis heute gibt es in Nürtingen noch keine Gemeinschaftsschule. Die Folgen sind fatal: Eine beträchtliche Zahl Kinder entscheidet sich zum Besuch der Gemeinschaftsschulen im Umland. In Nürtingen gibt es neben Gymnasien und Realschulen nur noch eine Werkrealschule, deren Bestand jedoch wegen mangelnden Interesses ungewiss ist.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule durch die Landesregierung ist eine Reaktion auf das Kernproblem des gegliederten Schulsystems in Baden-Württemberg: die Ungleichheit der Bildungschancen. Der Bildungserfolg eines Kindes hängt bisher stark von seiner Herkunft und vom Geldbeutel seiner Eltern ab. Das ging vor allem zu Lasten von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Eine Gemeinschaftsschule ist eine leistungsstarke und sozial gerechte Schule, in der die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen im Zentrum steht.

Die Fraktion Nürtinger Liste/Grüne beantragt, dass die Stadt durch einen externen Dienstleister einen regionalen Schulentwicklungsplan für den Raum Nürtingen unter Beteiligung aller relevanten Akteure erarbeiten lässt. Die Ergebnisse sollen dem Gemeinderat als Entscheidungsgrundlage für die weitere Schulentwicklung dienen.

Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

Der Gemeinderat hat am 23. Juli 2013 das Konzept einer interfraktionellen Arbeitsgruppe für ein systematisches Verfahren zur Bürgerbeteiligung beschlossen. Uns ist es im Nachhinein unerklärlich, warum die im Jahre 2014 geplante Umsetzung nicht erfolgte, sondern offensichtlich in Vergessenheit geraten ist. Wir müssen uns hier auch an die eigene Nase packen. Wir halten es für dringend erforderlich, die Umsetzung unverzüglich in die Wege zu leiten und die Bürger bei den großen anstehenden Vorhaben zu beteiligen.

Hochwasserschutz

Mit Beschluss vom 8.12.2015 wurde die Planung zum Hochwasserschutz auf den Weg gebracht und eine Million als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt 2016 eingestellt. Insgesamt werden Maßnahmen von rund 23 Millionen Euro veranschlagt, von denen wiederum 70 % vom Land zurückerstattet werden. Das heißt: 6,9 Millionen muss Nürtingen in den Jahren bis 2023 aufbringen. Wir sind gespannt auf die Konzeption der beauftragten Planungsfirma in den einzelnen Planungsetappen. Wir sprechen uns für einen schnell umsetzbaren Hochwasserschutz für Zizishausen aus, aber für alternative und billigere Planungen neckaraufwärts. Die Planung darf jedoch nicht an der Nürtinger Markungsgrenze aufhören, sondern muss auch die angrenzenden Gemeinden (Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Oberboihingen und Unterensingen) bei der Suche nach Retentionsräumen einbeziehen. Durch die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten könnten die Kosten gesenkt werden.

Der Hochwasserschutz für die Gewässer zweiter Ordnung, wie Tiefenbach, Steinach und Aich sollte früher in Angriff genommen werden als im Investitionsplan veranschlagt. Dies wollen wir vorziehen, damit es nicht zu Verzögerungen bei anstehenden Projekten kommt, wie etwa auf dem ZOB-Gelände, der Bahnstadt Ost und dem Wörthgelände. Auch hier sind die Anrainerorte (Beuren, Neuffen, Frickenhausen) in die Planung einzubeziehen und mögliche Retentionsflächen zu eruieren.

Entwässerung Großer Forst

Die Oberflächenentwässerung des Gewerbegebietes Großer Forst macht deutlich, wie problematisch diese Entwässerung in bezug auf den Hochwasserschutz ist: Die Entwässerungsleitung vom Großen Forst in direkter Falllinie zum Neckar hat einen Rohrdurchmesser von 120 cm. Die maximale Entwässerungskapazität beträgt 1.989 Liter pro Sekunde.

Bei einem Starkregen ist damit die im Millot geplante Retentionsfläche von 15.000 cbm innerhalb von zwei Stunden voll!

Wir haben deshalb die entsprechenden Vorbehalte bei dem vom Oberbürgermeister vehement geforderten zweiten Bauabschnitt.

Stadtentwicklung

Im Bahnhof- und Busbahnhofbereich hat sich in den letzten Jahrzehnten nichts getan, außer dass nach 15 Jahren die kaputte Anzeigetafel ersetzt wurde. Der Verhandlungspartner Bahn ist klamm und hat vermutlich seinen Auftrag für die Bahnstrecke Stuttgart-Tübingen verloren. Er ist damit beschäftigt, das Geld, das er nicht hat, im Stuttgarter Tiefbahnhof zu verbuddeln!

Der bisherige Zustand wird also noch weiterhin so bleiben, obgleich allen die Defizite bekannt sind, z.B.:

- schmutzige Ankunfts- und Abfahrtsorte
- keine barrierefreien Ein- und Ausstiege in die Züge
- enge Fußweg- und Radwegverbindungen
- eindringender Regen
- unzureichende, unbeleuchtete und ungesicherte Fahrradabstellplätze
- unbeleuchtete und holprige Parkplätze
- keine Toiletten
- ständig kaputte Aufzüge

Ich schäme mich, Gäste am Bahnhof Nürtingen zu empfangen oder abzuholen.

Die Stadt hat den Kauf des Güterbahnhofsgeländes verpasst. Glück oder Pech? Unter finanziellen Erwägungen sollte man über das Belassen des Busbahnhofs am jetzigen Standort nochmals nachdenken, zumal ein neuer Busbahnhof auf dem Güterbahnhofsgelände nicht bezuschusst werden würde, wie aus einer Mitteilung von zuständigen Stellen hervorgeht.

Wir halten nichts davon, dass externe Gutachter unsere Stadt und die Verkehrsströme stets neu erfinden, sondern es muss das Ziel sein, sie zu verbessern und zu ergänzen. Das Bahngelände Ost halten wir für eines unserer wichtigsten Areale auf dem Wohnungsmarkt. Da ist jeder Quadratmeter Baufläche wichtig! Mehr Einwohner sind eine besser kalkulierbare Einnahme als die Hoffnung auf mehr Gewerbesteuer.

Ich wünsche Ihnen gute Entscheidungen und vor allem Gesundheit in 2016.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Anlage

Haushaltsanträge 2016 Nürtinger Liste/Grüne

Haushaltsanträge 2016 Nürtinger Liste/Grüne

- 1. Wir beantragen, dass sich die Stadt Nürtingen im Rahmen der internationalen Kampagne von „Fairtrade Towns“ (FTT) um den Titel einer Fairtrade-Town, einer Stadt des Fairen Handels, bewirbt. (Einmalige Projektkosten 5.000 Euro)**

Begründung: Zielsetzung dieser Kampagne ist es, den Fairen Handel in Deutschland bekannter zu machen und somit ein konkretes Zeichen für eine gerechtere Welt zu setzen. Produkte die das Siegel Fairtrade tragen, garantieren den Produzenten und den Produzentinnen in Afrika, Asien und Lateinamerika fairere Preise für ihre Produkte und ermöglichen ihren Familien ein auskömmlicheres Leben. Die Fraktion Nürtinger Liste/Grüne verspricht sich mit der Qualifizierung Nürtingens als Fairtrade-Stadt eine Belebung des Themas Nachhaltigkeit und die Zusammenführung und Bündelung vieler Aktivitäten von Vereinen, Schulen, Hochschulen, Nürtinger Geschäften, Gastronomen und Veranstaltern, die sich mit dem Thema fairer Handel beschäftigen. Dies hätte auch Wirkungen über die Stadt hinaus und würde als weicher Standortfaktor Nürtingen attraktiver machen. In unserem näheren Umfeld sind Kirchheim, Reutlingen und Tübingen bereits seit 2010 zertifizierte Fairtrade-Towns. Wir verweisen auf den Link: www.fairtrade-towns.de

- 2. Wir beantragen, den Gemeinderatsbeschluss vom 23.07.2013 bezüglich der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung unverzüglich umzusetzen. (Stellenbedarf 0,2 Stellen)**

Begründung: Der Gemeinderat hat am 23. Juli 2013 mit einer Enthaltung das Konzept der AG Bürgerbeteiligung beschlossen. Uns ist es im Nachhinein unerklärlich, warum die von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeiteten Leitlinien für ein systematisches Verfahren zur Bürgerbeteiligung offensichtlich in Vergessenheit geraten sind. Wir halten es für dringend erforderlich, mit der Umsetzung unverzüglich zu beginnen, zumindest mit Phase I (siehe GR-Vorlage vom 23.07.13). Die Umsetzung dieses Beschlusses ist unseres Erachtens mit einem Stellenanteilsvolumen von 0,2 Stellen im Bereich des Planungsamtes denkbar.

3. **Wir beantragen die Erstellung eines regionalen Schulentwicklungsplans für den Raum Nürtingen durch einen externen Dienstleister.
(Planungsrate 20.000 Euro)**

Begründung: Nürtingen mit seinen vielfältigen Bildungsangeboten steht vor der grundlegenden Entscheidung über die Einführung einer Gemeinschaftsschule. Voraussetzung hierzu ist ein regionaler Schulentwicklungsplan. In die Erarbeitung dieses Planes sollen alle relevanten Akteure eingebunden werden. Wir halten es für angebracht, dass dieser Plan unter Zuziehung eines externen Dienstleisters erarbeitet wird. Dieser Plan soll dem Gemeinderat als Entscheidungsgrundlage für die weitere Schulentwicklung dienen.

4. **Wir beantragen eine Verbesserung des Busverkehrs nach Raidwangen.
(Planungsrate 20.000 Euro)**

Begründung: Beim Stadtentwicklungskonzept wurde der Busverkehr neben der Nahversorgung im Ort von den Raidwänger Bürgern am schlechtesten beurteilt. Mit der Planungsrate sollen Planungen für einen besseren Busverkehr ins Enzenhardt und nach Raidwangen finanziert werden, die noch in keinem Nahverkehrsplan enthalten sind, die aber schnell und nahezu kostenneutral umgesetzt werden können.

5. **Wir beantragen, dass zur Erhaltung und Förderung des Artenschutzes der Feldlerchenpopulation im Ackergebiet Galgenberg, für notwendige Ausgleichszahlungen ein Betrag von 20.000 Euro in den Haushalt 2016 eingestellt wird.**

Begründung: In den Jahren 2008 bis 2010 wurde in Nürtingen im Rahmen des „Aktionsplans Biologische Vielfalt“ der Landesregierung ein Biodiversitäts-Check durchgeführt. Ziel war es, Arten und Lebensräume zu definieren, die im Stadtgebiet zum Erhalt der biologischen Vielfalt gefördert werden sollten. Für die Feldlerche wird angegeben, dass auf dem Galgenberg Brutpaare nur noch in geringer Dichte anzutreffen seien. Zwischenzeitlich finden sich nur noch einzelne Brutpaare, da die Nutzung weiter intensiviert wurde. Als Maßnahmen, die auch anderen Ackervögeln, wie dem Rebhuhn dienen würden, werden z.B. eine Erhöhung der Saumdichte, Bildung von Ackerbrachen und eine Extensivierung von Ackerflächen angegeben. Dazu sind Ausgleichszahlungen an die Landwirte nötig. Wir halten es für äußerst positiv für das Image der Stadt Nürtingen, die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Biodiversitäts-Check zu unterstützen und dieses Projekt mit eigenen Mitteln auszustatten.

6. Wir beantragen die Streichung des Investitionsansatzes von 180.000 Euro für die Erneuerung der Beleuchtung des Stadthallenvorplatzes.
7. Wir beantragen die Streichung des Investitionsansatzes von 780.000 Euro für den Kreuzkirchplatz, da die Gestaltung mit der Konzeption für die Neugestaltung der Fußgängerzone und des Schillerplatzes übereinstimmen muss.
8. Wir beantragen, dass die Planungen für den Hochwasserschutz Tiefenbach (gepl. 5,6 Mio. nach 2019) auf das Jahr 2018 vorgezogen werden.
9. Wir beantragen die Einrichtung von öffentlichen Toiletten im Bahnhofs- und Innenstadtbereich, die jeden Tag von 5.00 Uhr bis 22.00 Uhr geöffnet sind. Hierfür beantragen wir eine Planungsrate von 200.000 Euro.
10. Wir beantragen erneut den Ausweis von genehmigungspflichtigen, aber grundsätzlich kostenfreien Außenbewirtschaftungsplätzen im Stadtgebiet als generelle Tourismusmaßnahme. Der Gebührenaufschlag ist vom zuständigen Fachamt zu ermitteln und im Gebührenhaushalt zu berücksichtigen.
11. Wir beantragen die Einführung eines Sozialpasses, um angesichts der zunehmenden Anzahl von Empfängern von Sozialleistungen ohne Familie, auch diesen Erwachsenen eine Teilhabe am öffentlichen Leben (etwa dem Besuch von Bibliotheken und Schwimmbädern) zu erleichtern. Dies ist auch als integrative Maßnahme zu sehen. Die möglichen betreffenden Bereiche und die Höhe der dadurch entstehenden Kosten sind durch das entsprechende Amt darzustellen.